

A) Öffentlicher Teil	4
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	4
2. Niederschrift vom 2.3.09	4
3. Wahltermin und Wahlordnung zur Wahl des Ausländerbeirates 2009	4
Bezug: HA 30.3.09	4
Vorlage-Nr. 38/03 q	4
4. Satzungen	5
4.1 9. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Gebühren für den Krankentransport und die Notfallrettung in der Stadt Brühl	5
Bezug: Antrag der FDP-Fraktion vom 4.3.09, HA 30.3.09	5
Vorlage-Nr. 218/85 ai	5
4.2 8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Krankentransport und die Notfallrettung in der Stadt Brühl	5
- Satzung Rettungsdienst –	5
hier: Notarztgebühr	5
Vorlage-Nr. 106/99 i	5
5. Entwurfsplanung – Bahnhofsumfeld	5
hier: Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten	5
Bezug: PStA 31.3.09	5
Vorlage-Nr. 11/09	5
6. 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 ,Stettiner-, Breslauer-, Danziger-, Königsberger- und Schultheißstraße	6
hier: Abwägungsbeschluss, Vereinfachte Änderung nach der öffentl. Auslegung und Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB	6
Bezug: PStA 31.3.09	6
Vorlage-Nr. 331/72 k	6
7. Überplanmäßige Auszahlung Sanierung Kentenichstraße	8
Vorlage-Nr. 16/09	8
8. Mitteilungen	8
8.1 Gesetzentwurf zur Errichtung und Organisation von Zentren für Arbeit und Grundsicherung	8
Weiterbestand der ARGE Rhein-Erft bis zum 31.10.2010	8
Vorlage-Nr. 17/04 c	8
8.2 60 Jahre Grundgesetz	8
8.3 Konjunkturpaket I und II	9
8.4 Fußgängerampel Rodderweg	9
9. Anfragen	9
9.1 Defekte Fußgängerampel Roderweg	9

9.2 Parkraumbewirtschaftungskonzept	9
9.3 Radverkehrsmaßnahmenpaket	9
9.4 Beratungsplan Konjunkturpaket	10
9.5 Straßenaufbruch Vorgebirgsstraße 1	10
9.6 Genehmigungsverfahren Phantasialand	10
9.7 Brandschutzbedarfsplan	10
9.8 Kierberger Straße 40/42	10
B) Nichtöffentlicher Teil	11
10. Stundung Gewerbesteuer	11
Vorlage-Nr. 15/09	11
11. Mitteilung	11
11.1 Pachtvertrag Bahnhofsgebäude	11
12. Anfragen	11
12.1 Feuerwehr	11

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Rat in einer Schweigeminute dem ehemaligen Ratsherrn und Träger des Ehrenringes der Stadt Brühl, Herrn Erich Stüven, der am 14. April 2009 im Alter von 81 Jahren verstarb.

A) Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Herrn Johannes Köhnen, Schultheistr. 54, Brühl, nimmt Bezug auf das Projekt „Soziale Stadt Vochem“ und stellt fest, dass es kaum noch Informationen über die Presse gebe. Er fragt, wo man ausgereiftes Berichtsmaterial zur Information über die konkreten Planungen erhalte.

Bürgermeister Kreuzberg stellt zunächst fest, dass es sich um ein wunderbares Projekt mit einem guten Konzept handele und man sehr froh sei, in den Genuss der Landesförderung zu gelangen. ber die Homepage der Stadt Brühl und im Rahmen verschiedener Veranstaltungen in Vochem könne man sich informieren. Das Projekt sei allerdings noch im Anfangsstadium. Demnächst werde die Stelle eines Quartiermanagers ausgeschrieben; dann gebe es im Stadtteilbüro Informationen und dort sei dann auch ein Ansprechpartner vor Ort. Im übrigen würden weitreichende und wichtige Angelegenheiten im Rahmen dieses Projektes selbstverständlich im Rat und in den zuständigen Ausschüssen behandelt.

Frau Margot Ohlow, Schützenstr. 19, Brühl, erklärt, dass sie als Besitzerin des Hotels Kurfürst, Klnstr. 40, Brühl, in großer Sorge sei über die geplante Nutzungsänderung des Belvedere. Sie fragt, ob bei einer Neuplanung auch für genügend Ersatzparkraum gesorgt sei, da das geplante Projekt ansonsten wirtschaftsschdigend sei.

Bürgermeister Kreuzberg kann die Sorge verstehen. Er erklärt, dass ein Parkkonzept selbstverständlich zur Ausschreibung im Rahmen dieses Vorhabens gehöre und erinnert an die Bebauung des Franziskanerhofes. Auch dort sei vorher für Parkraumersatz gesorgt worden. Falls es zu einer Bebauung des Belvederengelndes komme, sei das sicherlich mit Unannehmlichkeiten verbunden; allerdings bedeute Bauen auch Fortschritt.

2. Niederschrift vom 2.3.09

Gegen die Fassung der Niederschrift vom 2.3.09 werden keine Einwände erhoben.

3. Wahltermin und Wahlordnung zur Wahl des Ausländerbeirates 2009

Bezug: HA 30.3.09

Vorlage-Nr. 38/03 q

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass es hier lediglich um eine Terminfestlegung gehe und damit noch keine Entscheidung in Sachen Ausländerbeirat bzw. Integrationsausschuss getroffen werde.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) schlägt vor, die Migrantinnen und Migranten, die überaus engagiert seien, zu einem Gespräch einzuladen um die gesamte Thematik noch einmal zu besprechen.

Der Rat setzt den Wahltermin für die Auslnderbeiratswahl auf den 08.11.2009 fest und beschließt die als Anlage beigefügte Wahlordnung zur Wahl des Ausländerbeirates.

- einstimmig -

4. Satzungen

4.1 9. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Gebühren für den Krankentransport und die Notfallrettung in der Stadt Brühl Bezug: Antrag der FDP-Fraktion vom 4.3.09, HA 30.3.09 Vorlage-Nr. 218/85 ai

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) nimmt Bezug auf die Anmerkungen im Hauptausschuss und bittet, die Satzung mit einem Vorbehalt zu versehen, um nach einer gewissen Zeit zu prüfen, ob die neue Regelung angemessen sei.

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte 9. Änderungssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Brühl

Abstimmungsergebnis: 39 : 4

4.2 8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Krankentransport und die Notfallrettung in der Stadt Brühl - Satzung Rettungsdienst – hier: Notarztgebühr Vorlage-Nr. 106/99 i

Der Rat beschließt, die als Anlage beigefügte 8. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für den Krankentransport und die Notfallrettung in der Stadt Brühl - Satzung Rettungsdienst-

- einstimmig -

5. Entwurfsplanung – Bahnhofsumfeld hier: Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten Bezug: PStA 31.3.09 Vorlage-Nr. 11/09

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass Minister Lienenkämper schriftlich mitgeteilt habe, dass er den Antrag nach Berlin weitergeleitet habe. Ein Schreiben gleichen Inhaltes habe er auch vom Nordrhein-Westfälischen Ministerpräsidenten erhalten, an den er sich ebenfalls gewendet habe. Zunächst fokussiere man sich darauf, die Fördermittel zu erhalten. Wegen der ganz erheblichen Antragsflut sei dies jedoch kein leichtes Unterfangen.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) fragt, ob eine Unterrichtung der Bürgerinnen und Bürger nach § 23 GO vorgesehen sei, falls es zu Verwirklichung komme.

Bürgermeister Kreuzberg erwidert, dass man dies machen könne, zumal sich sehr viele Interessierte eingeschaltet hätten. Es sei darüber hinaus sicherlich von Vorteil, wenn die Bürgerinnen und Bürger auch ihre Ideen einbringen könnten.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) teilt mit, dass ihre Fraktion die städtischerseits vorgeschlagene Variante A mittragen könne. Allerdings sei nicht nachvollziehbar, warum die Nutzung des Bahnhofsgebäudes in der Planung nicht angesprochen sei. Ihres Erachtens müsse man trotz des noch laufenden Pachtvertrages überlegen, was man mit dem städtischen Gebäude vorhabe. Sie bittet, über den Pachtvertrag in nichtöffentlicher Sitzung Auskunft zu erteilen.

Bürgermeister Kreuzberg führt aus, dass es zur Gebäudenutzung sicherlich verschiedene Ideen gebe, die auch geprüft würden. Es gebe z.Z. jedoch keinen Grund für eine Aufhebung des Pachtvertrages. Zur Zeit gehe es lediglich um das Bahnhofsumfeld und nicht um das Gebäude.

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) berichtet, dass seine Fraktion ebenfalls die Variante A befürworte, die große Vorteile gegenüber der Ursprungsplanung habe. Man sei überzeugt, hiermit die bessere Lösung zu favorisieren in der Hoffnung, dass bei den Verantwortlichen einen einstimmigen Ratsbeschluss verwiesen werden könne.

Abschließend nimmt er Bezug auf eine Pressemitteilung, nach der bereits 38 Millionen Euro zum Umbau und zur Modernisierung von Bahnhöfen vergeben worden seien. Man hoffe, dass Brühl hier mit berücksichtigt sei und bekräftige nochmals den Vorschlag des Bürgermeisters.

Ratsherr Bortlisz-Dickhoff (Grüne) ist erstaunt über die Andeutung des Bürgermeisters, dass es je nach Förderung auch zur Verwirklichung der Variante B kommen könne.

Bürgermeister Kreuzberg entgegnet, dass er dies nie gesagt habe, da er 100prozentiger Befürworter der Variante A sei.

Ratsherr Bortlisz-Dickhoff (Grüne) nimmt nochmals Bezug auf den Pachtvertrag und führt aus, dass seine Fraktion es ungerne sehen würde, wenn evtl. Zusammenhänge zwischen der Gebäudenutzung und den Planungen für das Umfeld durch das jetzige Pachtverhältnis behindert würden. Es müsse möglich sein, auch über Nutzungsänderungen des Gebäudes nachzudenken.

Bürgermeister Kreuzberg gibt zu bedenken, dass es sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude handle und bauliche Veränderungen nur schwer realisierbar seien.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) warnt vor einer Detaildiskussion, mit der man die Grundplanungen möglicherweise hinfällig machen könne. Man befinde sich in der Entwurfsplanung um einen Antrag stellen zu können und die erste Frage sei, ob man überhaupt in den Genuss von Fördermitteln komme. Detailfragen könne man dann klären, wenn die Mittel bewilligt seien.

Der Rat beschließt die Entwurfsplanung zur Umgestaltung des Brühler Bahnhofs bzw. des Bahnhofsumfeldes im Rahmen des Konjunkturpaketes I – Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten – und verpflichtet sich, die Komplementärfinanzierung in Höhe von 1/3 der Gesamtsumme = 1.623.665 Euro im Haushalt 2010/2011 einzustellen.

- einstimmig -

**6. 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 ‚Stettiner-, Breslauer-, Danziger-, Königsberger- und Schultheißstraße
hier: Abwägungsbeschluss, Vereinfachte Änderung nach der
öffentl. Auslegung und Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB
Bezug: PStA 31.3.09
Vorlage-Nr. 331/72 k**

1. Der Rat der Stadt Brühl beschließt gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. 09. 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes v. 21. 12. 2006 (BGBl. I S. 3316), die Vereinfachte Änderung nach der öffentlichen Auslegung zur 10.Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7.
2. Der Rat der Stadt Brühl beschließt unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange und unter Bezug auf die nachstehenden Erläuterungen über folgende Anregungen aus Frühzeitiger Bürger- und Trägerbeteiligung und aus Öffentlicher Auslegung zur 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr.7 ‚Stettiner-, Breslauer-, Danziger-, Königsberger Straße und Schultheißstraße‘.

A - Anregungen aus der öffentlichen Auslegung vom 27.11. – 12.12.2008 und Trägerbeteiligung (Frist zum 19.12.2008)

Teil A 1 der Anlage: Stellungnahmen der Bürger

B 1.1 Irmgard Esser-Limburg u. Dr. Hanno Limburg, Anschreiben vom 27.11.2008:

Die Anregung wird berücksichtigt bzw. ist durch die erneute Auslegung gegenstandslos.

B 1.2 Familie Weselowski, Anschreiben vom 11.1.2008:

Die Anregung wird berücksichtigt bzw. ist durch die erneute Auslegung gegenstandslos.

B 1.3 Anschreiben vom 07.12.2008:

Die Anregung wird berücksichtigt bzw. ist durch die erneute Auslegung gegenstandslos.

B 1.4 Sabine Schröder + Achim Reintgen, Anschreiben vom 07.12.2008:

Die Anregung wird berücksichtigt bzw. ist durch die erneute Auslegung gegenstandslos.

B 1.5 Ulrike + Norbert Meyer, Anschreiben vom 07.12.2008:

Die Anregung wird berücksichtigt bzw. ist durch die erneute Auslegung gegenstandslos.

B 1.6 Elisabeth + Rudolf Barth, Anschreiben vom 07.12.2008:

Die Anregung wird berücksichtigt bzw. ist durch die erneute Auslegung gegenstandslos.

B 1.7 Sylvia Schilling + Markus Heiden, Anschreiben vom 07.12.2008:

Die Anregung wird berücksichtigt bzw. ist durch die erneute Auslegung gegenstandslos.

B 1.8 Karen + Willem Kluthe, Anschreiben vom 07.12.2008:

Die Anregung wird berücksichtigt bzw. ist durch die erneute Auslegung gegenstandslos.

B 1.9 Uschi Tepsaße + Carsten Röhrig, Anschreiben vom 07.12.2008:

Die Anregung wird berücksichtigt bzw. ist durch die erneute Auslegung gegenstandslos.

Teil A 2 der Anlage: Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange

T 1.1, Bezirksregierung Arnsberg Abt. Bergbau u. Energie, Anschreiben vom 10.12.2008.

- keine Bedenken, entfällt.

T 2.1, Rhein-Erft-Kreis - Der Landrat - Kreispolizeibehörde, Anschreiben vom 27.11.2008.

- Keine Bedenken, entfällt.

T 3.1, Stadtwerke Brühl GmbH, Anschreiben vom 28.11.2008.

- Keine Bedenken, entfällt.

T 10.1, Stadt Brühl FB 61-2, vom 01.12.2008.

- Die Anregungen werden berücksichtigt.

3. Der Rat der Stadt Brühl beschließt gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. 09. 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes v. 21. 12. 2006 (BGBl. I S. 3316), die 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 als Satzung.

Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Kierberg, Flur 3 und betrifft die Grundstücke Stettiner Straße 1 – 31, Kierberg Flur 1 Stettiner Straße 2 - 56, Breslauer Straße 1 – 25 und 2 – 96, sowie Danziger Straße 1 – 45, ferner die Grundstücke Gemarkung Vochem, Flur 1, Danziger Straße 2 – 70, Königsberger Straße 1 -45 und die Schultheißestraße 1 -75 und 2 – 60 (siehe Übersichtsplan).

Der Satzungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen; der Bebauungsplan ist mit der Begründung zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten, über den Inhalt ist auf Verlangen Auskunft zu geben.

Hinweis:

Die 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 wurde im Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 aufgestellt, da Umweltbelange nicht berührt wurden.

- einstimmig -

7. Überplanmäßige Auszahlung Sanierung Kentenichstraße Vorlage-Nr. 16/09

Der Rat beschließt eine überplanmäßige Auszahlung in Höhe von 90.000,- € beim TEP 5401, Kst. 54017400, „Kentenichstraße“ (vorhanden 80.000,-€).

Deckung:

Auszahlungseinsparung bei Kst. 54019700 „Theodor-Körner-Straße“ (vorhanden 90.000,- €) in Höhe von 90.000,- €.

- einstimmig -

8. Mitteilungen

8.1 Gesetzentwurf zur Errichtung und Organisation von Zentren für Arbeit und Grundsicherung Weiterbestand der ARGE Rhein-Erft bis zum 31.10.2010 Vorlage-Nr. 17/04 c

Der Rat nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

8.2 60 Jahre Grundgesetz

Bürgermeister Kreuzberg berichtet, dass in Brühl am Freitag, dem 22. Mai 2009, der 60. Jahrestag der Verkündung des Grundgesetzes mit einem Tag des offenen Rathauses gefeiert werde. Von 11.00 Uhr bis 17.00 Uhr fänden in und um das Rathaus verschiedene Veranstaltungen rund um das Thema Grundgesetz statt. Neben Führungen, musikalischen Darbietungen, Ausstellungen, Theater- und Filmvorführungen werde auch für das leibliche Wohl gesorgt sein. Darüber hinaus seien an diesem Tag alle Dienststellen bis 14.00 Uhr besetzt, so dass man sich über Aufgaben und Arbeit der Verwaltung informieren könne. Das bunte Veranstaltungsprogramm richte sich an die breite Öffentlichkeit.

Am Abend finde dann ein offizieller Festakt statt, zu dem alle Rats- und Ausschussmitglieder sowie alle ehemaligen Ratmitglieder, EhrenringträgerInnen und Bundesverdienstkreuzträger eingeladen würden. Für den Festvortrag habe Herr Prof. Dr. Westerhoff gewonnen werden können, Honorarprofessor für Statistik und Bevölkerungsfragen an der Universität Duisburg/Essen, Geschäftsführer der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen und ehemaliger Gruppenleiter im Bundeskanzleramt unter Herrn Dr. Kohl, Herrn Schröder und Frau Merkel. Er bitte alle Ratsmitglieder, sich den Termin vorzumerken; eine offizielle Einladung folge in Kürze.

8.3 Konjunkturpaket I und II

Bürgermeister Kreuzberg berichtet, dass z.Z. eine Abfrage von Maßnahmen im Rahmen der Förderung erfolge. Die Abfrage werde wie vorgeschrieben trägerneutral durchgeführt, so dass nicht nur städtische Einrichtungen angeschrieben worden seien. Maßnahmen seien förderfähig, wenn sie folgende Maßgaben erfüllten:

Ausschluss einer Doppelförderung
Zusätzlichkeit der Maßnahme
Nachhaltigkeit der Maßnahme.

Der Förderbereich „sonstige Infrastrukturinvestitionen“ ist vor dem Hintergrund des derzeit geltenden Art 104 b GG auf Investitionsbereiche beschränkt, bei denen Gesetzgebungskompetenzen des Bundes bejaht werden können. Nach dem Inkrafttreten der derzeit diskutierten Grundgesetzänderung (voraussichtlich im Juli 2009) wird der Kreis der förderfähigen Investitionsvorhaben erheblich erweitert werden.

Bei der Abgrenzung der Förderbereiche kann das Zukunftsinvestitionsgesetz unter Geltung des neuen Art 104 b GG entsprechend weit ausgelegt werden. Das bedeutet, dass in den Förderbereichen Schulinfrastruktur, Hochschulen und kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung Investitionsvorhaben auch förderfähig sind, bei denen keine energetische Sanierung vorgenommen wird. Somit kann dann beispielsweise auch die Einrichtung einer Mensa am Max-Ernst-Gymnasium möglich werden.

In der nächsten Ratssitzung werde eine Vorschlagsliste zur Entscheidung vorgelegt.

8.4 Fußgängerampel Rodderweg

Erster Beigeordneter Brandt teilt mit, dass die Fußgängerampel vor dem Max-Ernst-Gymnasium defekt und irreparabel sei. Es werde nun überlegt, entweder eine neue Ampelanlage zu installieren oder einen Fußgängerüberweg anzulegen. Über den Stand der Dinge könne in der nächsten Verkehrsausschusssitzung berichtet werden.

9. Anfragen

9.1 Defekte Fußgängerampel Roderweg

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) schlägt vor, eine Mischfläche „Shared Space“ ähnlich wie vor der Giesler-Galerie anzulegen, die s. E. gerade hier große Vorteile habe.

Bürgermeister Kreuzberg sagt Prüfung zu.

9.2 Parkraumbewirtschaftungskonzept

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) fragt, warum das wohl fertig gestellte Parkraumbewirtschaftungskonzept seitens des Bürgermeisters noch zurück gehalten werde.

Bürgermeister Kreuzberg erklärt, dass er sich selbstverständlich das Recht nehme, das Konzept zu prüfen und sich daraus ergebende Fragen zunächst intern zu klären.

9.3 Radverkehrsmaßnahmenpaket

Ratsherr Bortlitz-Dickhoff (Grüne) bittet, das 80 Punkte umfassende Maßnahmenpaket schriftlich vorzulegen.

Bürgermeister Kreuzberg sagt weitere Veranlassung zu.

9.4 Beratungsplan Konjunkturpaket

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) fragt, ob die Vorschlagsliste vor der endgültigen Entscheidung im Rat noch im Hauptausschuss vorberaten werde. Dies halte er jedenfalls für sinnvoll.

Bürgermeister Kreuzberg sagt Vorberatung im Hauptausschuss zu.

9.5 Straßenaufbruch Vorgebirgsstraße 1

Ratsherr Jung (SPD) weist auf den Straßenschaden hin und bittet um Instandsetzung.

Bürgermeister Kreuzberg sagt weitere Veranlassung zu.

9.6 Genehmigungsverfahren Phantasialand

Ratsfrau Niclasen (Grüne) nimmt Bezug auf das nun ausgesetzte Genehmigungsverfahren für die Westerweiterung und fragt, ob es bereits Terminankündigungen für das geplante Moderationsverfahren gebe.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass er bisher keine Einladung erhalten habe.

9.7 Brandschutzbedarfsplan

Ratsherr Weber (Grüne) stellt fest, dass die Stadt Brühl bei der Berichterstattung über den Stand der Dinge im Erftkreis in Sachen Brandschutzbedarfsplan sehr schlecht wegkomme. Er fragt, warum es noch keine Ratsvorlage diesbezüglich gebe, obwohl bereits Handlungsempfehlungen beschlossen worden seien.

Bürgermeister Kreuzberg bestätigt, dass die Pressedarstellung unbegreiflicherweise schlecht für Brühl ausfalle, obwohl in Brühl bereits enorm viel passiert sei und man mit den Empfehlungen bereits weiter sei wie jede andere Kommune im Rhein-Erft-Kreis.

Alle Auflagen seien erfüllt außer der Anlegung eines zweiten Stützpunktes. Dies gestalte sich als äußerst schwierig, da es hier planungsrechtliche Probleme gebe.

9.8 Kierberger Straße 40/42

Ratsfrau Baule (fw/bVb) teilt mit, dass es in diesem Bereich im Bürgersteig ein großes Loch gebe. Bereits mehrmals habe sie das Ordnungsamt auf diesen Schaden hingewiesen; bis heute sei allerdings nichts geschehen.

Bürgermeister Kreuzberg sagt weitere Veranlassung zu.